Verantwortliche Redakteure
für den politischen Theil:
C. Fontane,
für Feuilleton und Vermischtes:
J. Koeckner,
für den übrigen redaktionellen Theil:
H. Schmiedehaus,
sämmtlich in Posen.

Verantwortlich für den
Inseratentheil:
O. Knorre in Posen.

Abend-Ausgabe.



Sechsundneunzigster Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition der
Zeitung, Wilhelmstraße 17,
ferner bei Gust. Ad. Schleh, Hoflief.
Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke,
Otto Niekisch in Firma
J. Neumann, Wilhelmsplatz 8,
in Gnesen bei S. Chraplewski,
in Meseritz bei Ph. Matthias,
in Wreschen bei J. Jadesohn
u. bei den Inseraten-Annahmestellen
von G. L. Daube & Co.,
Haasenstein & Vogler, Rudolf Mosse
und „Invalidendank“.

Nr. 787.

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung, sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Sonnabend, 9. November.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Abendausgabe 30 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Abendausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1889.

Amtliches.

Berlin, 8. November. Der König hat dem Sekretär Somnitz bei der Staatsanwaltschaft in Münster den Charakter als Kanzleirath verliehen.

Der Rechtsanwalt Ferber in Danzig ist zum Notar für den Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Marienwerder, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Danzig, der Rechtsanwalt Roth in Neisse zum Notar für den Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Breslau, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Neisse, der Rechtsanwalt Pelizaeus in Hannover, zum Notar für den Bezirk des Landgerichts zu Hannover, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Hannover und der Rechtsanwalt Arends in Neuenhaus zum Notar für den Bezirk des Landgerichts zu Osnabrück, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Neuenhaus, ernannt worden.

Deutscher Reichstag.

11. Sitzung vom 8. November, 1 Uhr.

Einziger Gegenstand der Tagesordnung ist die erste Berathung der Bankgesetznovelle.

Abg. **Graf Udo zu Stolberg-Wernigerode** (kons.): Die Mehrheit meiner Freunde hält den Zeitpunkt für gekommen, die Reichsbank in den Besitz des Reiches überzuführen. Schon im § 41 des Bankgesetzes ist die Wahrscheinlichkeit der Verstaatlichung dieses Instituts vorgesehen. Wir wünschen die Verstaatlichung aus einem volkswirthschaftlichen und einem finanziellen Grunde. Ich will nicht bestreiten, daß die Leitung der Reichsbank sich gut bewährt hat, aber ich glaube, mehr und mehr hat sie ihre Thätigkeit hauptsächlich den großen Finanz- und Handelskräften zu Gebote gestellt. Von Jahr zu Jahr ist die Zahl der Wechsel und Darlehen geringer geworden, dagegen die Gesammtsumme derselben gestiegen. Das beweist, daß die Geschäfte sich mehr und mehr in einzelnen Händen konzentriren. Ein Institut wie die Reichsbank kann natürlich nicht jedem einzelnen kleinen Handwerker und Landwirth ohne Weiteres Kredit gewähren, aber eine Individualisirung des Kredits muß doch mehr und mehr angestrebt werden, und ich meine, daß namentlich den Genossenschaften mit beschränkter Haftpflicht die Reichsbank zugänglich gemacht werden soll. Der Hauptgrund für uns ist aber ein finanzieller. Die jetzigen Erträge aus der Reichsbank für das Reich sind außerordentlich gering, und es wäre wünschenswerth, diese zu steigern, und nach den zahlenmäßigen Berechnungen finde ich, wenn wir das Kapital, welches zur Verstaatlichung der Reichsbank nöthig ist, zu 3¼ Prozent aufnehmen, daß dies allein für das Reich eine jährliche Mehreinnahme von 3¼ Millionen bedeuten würde, was bei unseren heutigen Etatsverhältnissen immerhin eine ganz beträchtliche Summe ist, abgesehen davon, daß Handel und Wandel im Steigen begriffen sind und Mehreinnahmen in Aussicht stellen. Die Organisation der Reichsbank könnte dabei im Wesentlichen bleiben, wie sie ist. Die Bestimmungen über die Gewinnbetheiligung müßten natürlich entsprechend verändert werden. Der Centralausschuß und die übrigen Ausschüsse müßten durch Vertretungskörper aus Handel, Industrie und Gewerbe entsprechend ersetzt werden. Die übrigen deutschen Notenbanken könnten weiterbestehen wie sie sind, sie haben sich historisch entwickelt, sie sind ein Bedürfniß und keiner meiner Freunde will ihnen irgendwie Schwierigkeiten bereiten.

Durch die Verstaatlichung würden die Einnahmen des Reiches keine ungleichmäßigen werden. Dem widersprechen die Erfahrungen z. B. mit einer Bank in Breslau, die lediglich aus städtischen Mitteln gegründet ist. Es wird auch eingewendet, im Falle einer großen Krisis würde das Reich in Mitleidenschaft gezogen werden, während jetzt der Rückschlag der Krisis abgeschwächt werde durch die Baarbestände der Bank, die nicht dem Reiche, sondern Privaten gehören, und durch deren Verlust das Reich nicht unmittelbar selbst in Verlust gerathen würde. Ich bin der Ansicht, daß im Falle eines Krieges nicht die Banken das Reich, sondern umgekehrt das Reich die Banken halten wird (Sehr wahr! rechts), denn der Kredit des Reiches ist größer, als der der Banken. Auch wird der Feind, wenn er ins Land dringt, keine juristische Untersuchung über die Frage anstellen, ob die Bestände der Reichsbank dem Reich oder Privaten gehören.

Ich beantrage Verweisung der Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern. Wir werden in der Kommission beantragen, die Vorlage abzulehnen und den Reichskanzler zu ersuchen, die Antheilscheine zu kündigen und die Reichsbank unter Beibehaltung ihrer bisherigen Organisation und Aufrechterhaltung der übrigen in Deutschland bestehenden Notenbanken auf das Reich zu übernehmen. Wir geben uns darüber keiner Täuschung hin, daß unser Antrag wenig Aussicht auf Annahme hat. Wir halten uns aber für verpflichtet, gegenüber den steigenden Anforderungen des Reiches auch unsere Ansicht auszusprechen, damit nicht, wenn nach zehn Jahren abermals die Frage an uns herantritt, gesagt wird, daß heute niemand im Reichstage sich für die Verstaatlichung ausgesprochen habe. (Beifall rechts.)

Abg. **Büsing** (natl.): Unsere Fraktion stimmt dem vorliegenden Gesetzentwurf durchaus zu. Wir sind der Ansicht, daß die bisherige Organisation und Grundverfassung sich vorzüglich bewährt hat. Die Reichsbank hat es verstanden, ihre Aufgabe, den Geldumlauf im gesammten Reichsgebiet zu regeln, in hervorragender Weise zu erfüllen. Durch sie ist das Land vor schweren Erschütterungen bewahrt worden. (Beifall links.) Ich nehme Gelegenheit, dem Reichsbankdirektorium und dem Reichsbankpräsidenten unsere Anerkennung für die überaus geschickte und taktvolle Art auszusprechen, mit welcher derselbe das junge Institut zur Blüthe gebracht. (Beifall links.) Er hat den Geldumlauf glücklich geregelt, den Uebergang zu einer neuen Währung geschickt geleitet und einen Giroverkehr eingerichtet, wie er in dieser Ausdehnung in keinem anderen Lande der Welt besteht.

Dabei hat die Reichsbankleitung durchaus nicht hauptsächlich auf das Interesse der Antheilseigner gesehen, sondern viele Geschäfte gemacht, die gar keinen Gewinn abwarfen und lediglich dem Interesse des Publikums dienten. Das sehen Sie aus der Abnahme des Wechseldiskonts und der geringen Zunahme der Lombardgeschäfte. Dagegen sind die wenig gewinnbringenden Geschäfte gestiegen, so die Umsätze im Giroverkehr, die im allgemeinsten Interesse liegen, dagegen für den privaten Antheilseigner nicht lukrativ sind. Die Bank hat also lediglich dem allgemeinen Interesse gedient und nicht auf hohe Dividende für die Antheilseigner gesehen. Wir sehen darum keine Veranlassung, an den Grundlagen des Bankgesetzes zu rütteln. Dagegen entspricht die in der Vorlage vorgesehene Herabsetzung der Dividenden nur der in den thatsächlichen Verhältnissen eingetretenen Aenderung. Wir stehen also ganz auf dem Boden der Vorlage.

Mit Ausnahme von Rußland besteht in keinem Großstaate eine staatliche Zentralbank, alle arbeiten mit Privatkapital. Frankreich hat seine Bank sogar mit großer Entschiedenheit nach der der Verstaatlichung entgegengesetzten Seite weiterentwickelt. Der Gewinn der Antheilhaber an unserer Reichsbank wird vielfach überschätzt, denn die Anhänger der Verstaatlichung verschweigen dabei, daß die Aktien nicht zu Pari, sondern erheblich darüber stehen. Und ein etwas höherer Gewinn als bei einer Kapitalsanlage in Konsols entspricht doch auch dem größeren Risiko, das die Inhaber von Reichsbankantheilen immerhin tragen, während zur Zeit das Reich ohne jedes Risiko seinerseits eine ganz erhebliche Rente aus der Reichsbank zieht. Eine sehr ernsthafte Krisis würde aber nicht nur das Reservekapital, sondern auch einen Theil des Anlagekapitals gefährden, was nach der Verstaatlichung das Reich mittreffen würde. Im Kriegsfalle würde — denn Noth kennt kein Gebot — für die Reichsverwaltung die größte Versuchung vorliegen, in die Baarbestände der Reichsbank einzugreifen und die baaren Deckungsmittel für den Notenumlauf zu vermindern. Vor den Baarbeständen einer Privatbank würde auch ein siegreicher Feind Halt machen, die Bestände einer Reichsbank, die eben Reichsmittel sind, würde er sich einfach aneignen.

Die Verstaatlichung der Reichsbank würde auch die Gefahr heraufbeschwören, daß die Interessen der Reichsbank seitens der Verwaltung nicht hauptsächlich berücksichtigt werden, sondern daß ein Zug fiskalischer Anschauung leitend wird. Jetzt ist durch den Zentralausschuß der Reichsbank allen fiskalischen unberechtigten Zumuthungen der Reichsfinanzverwaltung gegenüber die festeste Garantie gegeben. Den Ersatz aus industriellen ꝛc. Kreisen, den Graf Stolberg an die Stelle des Zentralausschusses setzen will, halte ich für unzureichend.

Die Agrarier wollen durch die Verstaatlichung die Reichsbank mehr dem ländlichen Kreditbedürfniß erschließen; es soll namentlich der Lombardverkehr mehr als bisher gepflegt werden. Ich halte die agrarischen Forderungen für absolut unvereinbar mit dem Ziel und den Aufgaben einer Reichsbank, die doch nicht ein Kreditinstitut für alle Stände sein soll, sondern den höheren Zweck hat, den Geldumlauf im ganzen Reichsgebiete zu regeln, ein Sammelbassin zu sein aller Cirkulationsmittel, und alle Experimente mit länger laufenden Solawechseln und Lombarderleichterungen erschweren die schnelle Cirkulation und widerstreiten also dem Grundgedanken einer Reichsbank absolut. Die Landwirthschaft hat ja auch ganz eben solche Mittel zur Befriedigung des legitimen Kreditbedürfnisses, die das mobile Kapital in der Reichsbank besitzt, in den privilegirten landwirthschaftlichen Hypotheken- und Kreditbanken. Es würde ein Unglück für die Landwirthschaft sein, wenn wir ihr durch Erschließung leichteren Kredites bei der Reichsbank die Verbindung mit Börse, Spekulation und Wechselverkehr noch mehr erleichtern wollten. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. **Gamp** (Rp.) Es läßt sich zahlenmäßig nachweisen, daß die Reichsbank eine Ausnützung des Banknotensystems zu Gunsten der Aktionäre ermöglicht, während doch die Reichsbank, wie bei ihrer Gründung ausgesprochen wurde, genau so dem Personalkredit dienen soll, wie das früher die preußische Bank gethan hat, Handel und Gewerbe sollen von ihr unterstützt werden, aber ohne Privilegirung des großen Kaufmannsstandes. Auch die Landwirthschaft und das Handwerk sollten Antheil an dieser Reichsbank haben. Das ist nicht geschehen und die Landwirthschaft hat gegründeten Anlaß zur Beschwerde. Die Landwirthe sind doch nicht Kreditbedürftige zweiter Klasse. Ebenso gut wie die Großindustriellen, die Bankiers, ihr Betriebskapital von der Reichsbank beziehen (Lachen links), kann auch die Landwirthschaft Anspruch darauf erheben, Betriebskapital von der Reichsbank zu bekommen. Hat doch Lasker selbst hier im Reichstag ausgesprochen, daß durch die Organisation der Reichsbank das Kreditbedürfniß der Landwirthe sehr vernachlässigt sei. Auch Professor Schmoller hat gesagt, daß nicht immer die Lieblingskinder des Staates, die Industriellen, begünstigt werden sollten, sondern auch die Landwirthschaft. Die Landwirthschaft sollte endlich aufhören, das Aschenbrödel des Staates zu sein (Lachen links.)

In einer Broschüre habe ich die Forderung aufgestellt, daß die Reichsbank den Landwirthen auf Sola-Wechsel Kredit geben solle. Man bestreitet die Sicherheit dieser Geschäfte? Was ist denn Sicherheit? Sicherheit ist nur ein sehr relativer Begriff. (Lachen links.) Wechsel von Rothschild werden mit 1½ pCt. diskontirt, von irgend einem Privatmann mit 3 pCt. und vom Kollegen Meyer mit 5 pCt. (Heiterkeit.) Die Reichsbank kann unmöglich von allen Leuten, die mit ihr zu thun haben, dieselbe Sicherheit verlangen. Ist das denn ein exzessiver agrarischer Anspruch? Ich finde das sehr bescheiden. (Lachen links.) Die englische Bank steht meinem Standpunkt sehr nahe, und auch unsere Reichsbank hat ja schon angefangen, den Reichsbankkredit der Landwirthschaft zur Verfügung zu stellen. Ich habe in jedem Jahre davon Gebrauch gemacht. Das erkenne ich an und hoffe, daß der Herr Reichsbankpräsident solche Maßregeln noch in erweitertem Umfang treffen wird. Die guten Früchte werden dann sicherlich nicht ausbleiben. Unsere Forderung ist um so dringender, als in dem neuen Warrantgesetz eine große Gefahr für den Grundbesitz liegt. Und man sollte uns nicht deshalb bekämpfen, weil der Kampf gegen agrarische Forderungen ein populärer ist. (Lachen links.) Ich meine ja auch nicht, daß die Reichsbank den anderen Banken illoyale Konkurrenz machen soll, aber so viel Konkurrenz sollte sie schon machen, daß sie den kleinen Gewerbetreibenden, Handwerkern, Landwirthen Kredit gewährt. Ich kann einen Fall aus meinem Wahlkreise anführen, wo einem Bäcker auf Grund unzureichender Erhebungen der Kredit von der Reichsbank verweigert wurde. So geht es vielen hundert armen Teufeln, bloß weil sie keine Bankiers sind. Ich verlange von der Reichsbank ja weiter nichts, als die Befolgung von Prinzipien, wie sie von jeder soliden Privatbank befolgt werden. Die Gewährung von Kredit soll nicht eine tertiäre, sondern eine primäre Aufgabe der Reichsbank sein, die Vermittelung des Geldumlaufs darf erst in zweiter Linie stehen. Darüber kann kein Zweifel bestehen, daß wir in Deutschland ein Zentralkreditinstitut gebrauchen. Die Kommission wird zu prüfen haben, ob die Reichsbank ein Kreditinstitut ist oder nicht. Ist das der Fall, dann muß sie Maßregeln in unserem Sinne treffen. Langen die jetzigen Mittel nicht zu, dann muß das Anlagekapital vergrößert werden. Mittel und Wege werden sich finden lassen. Kann die Reichsbank diese Aufgabe nicht erfüllen, so werden wir uns nach einer anderen Organisation eines deutschen Kredit-Zentralinstituts umsehen. In Preußen könnte in dieser Beziehung die Seehandlung erweitert werden.

Die Vermehrung der Einnahmen aus der Reichsbank für das Reich würden für mich nicht ausschlaggebend sein, ich trete für Verstaatlichung aus volkswirthschaftlichen Gründen ein. Was Herr Büsing da ausgeführt hat, halte ich nicht für durchschlagend, namentlich würde im Falle eines unglücklichen Krieges der Feind auch vor dem Privatkapital nicht Halt, sondern einfach tabula rasa machen. Eines Schutzes gegen unberechtigte Zumuthungen der Reichsfinanzverwaltung wird die Reichsbankverwaltung nicht bedürfen; wohl aber ist zu wünschen, daß im Zentralausschuß die Interessen der Allgemeinheit stets gebührend berücksichtigt werden. Es müßten in demselben die verschiedenen Gewerbegruppen mehr vertreten sein. Nach den Erfahrungen bei der norddeutschen Kriegsanleihe befürchte ich aber, daß das nicht immer der Fall sein wird. Auch das spricht nicht für Würdigung allgemeiner Interessen, wenn ein Mitglied des Zentralausschusses sagen konnte, nach einer unglücklichen Schlacht würden die preußischen Konsols schlechter stehen als die serbischen. Die Reichsbank soll eine Reichsbank sein, nicht eine Bank der Reichen. (Beifall rechts.) Redner empfiehlt des weiteren, auf jeden Fall das Gesetz nicht über 5 Jahre zu verlängern, dagegen die Kündigungsfrist auf 3 Jahre zu verkürzen.

Reichsbankpräsident **v. Dechend**: Der Herr Vorredner hat nur alte Wünsche wieder hier vorgebracht. Zu diesen gehört auch der ganz absonderliche Wunsch, daß die Reichsbank Wechsel mit einer Unterschrift nehmen soll und noch dazu mit einer zweifelhaften. (Heiterkeit links.) Herr Gamp hat in seiner Schrift auseinandergesetzt, daß die Bank sich bei solchen zweifelhaften Wechseln damit helfen könnte, daß sie für diese Wechsel höheren Diskont nimmt. Ja, es giebt aber viele Gutsbesitzer, bei denen ich 100 pCt. nehmen müßte (große Heiterkeit links), weil sie absolut nichts werth sind. Es ist doch ein geradezu abenteuerlicher Wunsch, daß wir solche Wechsel annehmen sollen. Was soll denn aus der Reichsbank werden, wenn auch nur zum Theil eine solche Sorte von Sicherheit in ihr liegt? Bei der englischen Bank sind allerdings auch Wechsel mit einer Unterschrift möglich. Aber Rothschild wird ihr solche Wechsel nicht bringen, und von Leuten, die nicht ganz so sicher sind, wie er, wird sie sie nicht nehmen. Mit solchen Zumuthungen also sollte man den Reichstag nicht nochmals behelligen. Das geht auch schon darum nicht, weil die Hauptaufgabe der Reichsbank die ist, den Geldumlauf im ganzen Reiche zu regeln, und weil mit diesem Zwecke langsichtige Fristen nicht verträglich sind. Gewiß ist die Reichsbank auch ein Kreditinstitut, aber ihre Hauptaufgabe bleibt doch immer, für die Aufrechterhaltung der Währung und für den Geldumlauf zu sorgen.

Es ist auch gar nicht wahr, daß für die Berücksichtigung der Interessen des Grundbesitzes seitens der Reichsbank nichts geschehen sei. Ich habe es durchgesetzt, daß eine Verfügung erging, wonach den Gutsbesitzern auch ohne den Zutritt von kaufmännischen Firmen Kredit gewährt werden solle auf Wechsel, die einen geschäftlichen Grund haben, und diesen Kern, den geschäftlichen Grund, ignoriren die Herren gewöhnlich. Ein jeder ordentliche Wechsel, wie ihn die Reichsbank verlangen muß, muß eine geschäftliche Grundlage haben und zwar eine solche, daß mit Sicherheit auf den Eingang des Geldes nach Ablauf der Frist zu rechnen ist, das wäre kein sicherer, sondern schon mehr ein Reitwechsel. Das Aeußerste, was verlangt werden kann, haben wir in einer Verfügung schon früher erfüllt, die Gutsbesitzer sollen vor der Ernte, vor dem Wollmarkte, wenn sie auf kurze Zeit Geld gebrauchen, bis zum Verkauf ihrer Produkte ausnahmsweise einen Wechsel, der mit guten Unterschriften versehen sei, einmal honorirt bekommen. Das ist schon sehr weit gegangen, und auch Gutsbesitzer haben mir auf meine Anfrage gesagt, mehr kann die Bank unter keinen Umständen gewähren, wenn sie sich mit ihrer Hauptaufgabe nicht in Widerspruch setzen will. Ein solider Gutsbesitzer wird von diesem Recht sehr selten und mit großem Widerstreben Gebrauch machen. (Vereinzelte Zustimmung rechts.) Auf diesem Wege noch weitere Forderungen zu stellen, liegt nicht im Interesse des Staates.

Auch eine Generalverfügung, Handwerkern Kredit zu gewähren, ist von mir erlassen worden. Aber ich habe es bedenklich gefunden, in eine Korrespondenz mit einem der Herren Abgeordneten über eine Generalverfügung, die wir erlassen, zu treten, aus dem einfachen Grunde, weil ich es nicht wünsche, daß darauf Bezug genommen wird, daß der Betreffende diese Verfügung durchgesetzt hat. Auch der Handwerker soll Wechselkredit haben, wenn er ihn verdient.

Es wäre allerdings bedenklich, wenn es wahr wäre, daß die Reichsbank den Bankiers Betriebskapital gewährte; aber das ist nicht wahr. (Zustimmung links). Die Bankiers, auch wenn sie im Zentralausschuß sitzen, haben absolut keine Waffe, auf das Direktorium zu wirken, und ich möchte den Beweis erbitten, daß die Reichsbankverwaltung irgendwie die Interessen der Bankiers in den Vordergrund stellt. Die Herren im Zentralausschuß haben das auch niemals verlangt, dazu sind sie viel zu klug und viel zu potent; sie brauchen die Bank nicht. (Sehr wahr! links.) Der Zentralausschuß hat nur eine berathende Stimme. Warum wollen Sie ihm die nicht lassen? Diese ist mir sehr werthvoll, sie hat schon häufig gezeigt, was die Bankverwaltung thun soll, aber maßgebend ist sie doch nicht.

Im Falle der Verstaatlichung würde die Bank gerade so verwaltet werden, wie jetzt. Der Unterschied ist nur der, daß die Bank sich nicht so frei bewegen kann, wie bis dahin. Bei Ausbruch des Krieges erging vom preußischen Direktorium, das ebenso zusammengesetzt war, wie das jetzige, ein Zirkular an sämmtliche Bankanstalten, jeder Beamte habe auf seinem Platze auszuharren, möge kommen, was da wolle, und sie hätten den Kredit, der an sehr strenge Formen gebunden ist, auszudehnen für diese schlimme Zeit, soweit es irgend möglich und mit der Sicherheit vereinbar sei. Die Anlagen sind in Folge dessen in einer Woche um hundert Millionen gestiegen. Die Bank ist an die Stelle aller Banken und Bankiers getreten, die ängstlich zurückwichen und der preußischen Bank allein das Terrain überließen. Tausende sind dadurch von Noth und aus schlimmer Lage befreit. Glauben Sie, daß, wenn die Bank verstaatlicht wäre und wenn sie auch ebenso organisirt wäre, wenn dieselben Personen an der Spitze ständen, daß eine solche Verfügung auch erlassen worden wäre, ja auch nur erlassen werden könnte? Ich glaube es nicht! Sie ersehen daraus, welcher Unterschied

zwischen einer verstaatlichten Bank und dem jetzigen Zustand besteht. Ich leite die Bank seit beinahe 40 Jahren und kann nur dringend warnen, etwas Wesentliches zu ändern. Es würde nicht dem Lande zum Segen gereichen. (Beifall links.)

Es ist gesagt, das Reich würde vier Millionen ersparen, wenn die Reichsbank verstaatlicht würde; unsere Rechnung ergiebt nur 2½ Millionen. Was ist denn das für eine Ersparniß im Verhältniß zu dem Risiko, das wir mit einer verstaatlichten Bank verbunden sehen. Ich halte nämlich dieses Risiko gar nicht für unerheblich und glaube nicht, daß es nur im Kriegsfall eintritt, sondern es können bei großen Krisen auch in Friedenszeiten uns erhebliche Verluste treffen. Solche Krisen können wir sehr bald wiederbekommen und wollen uns nicht in Hoffnungen einwiegen. Im Uebrigen danke ich für die Anerkennung, die mir von Herrn Büsing und den übrigen Rednern ausgesprochen ist. (Beifall.)

Abg. **Bamberger** (dfr.): Wie sich die Debatte gestaltet hat, ist es kaum nöthig, auf den von Herrn Gamp geäußerten Wunsch einzugehen. Es wäre vielleicht richtiger gewesen, wenn er seine Rede nicht nach einem so ungeheueren Schlachtplan aufgebaut, sondern das, was er eigentlich will, gleich gesagt hätte, nämlich: das Gesetz auf 5 Jahre zu verlängern. Zur Prüfung der Frage, ob man auf 5 oder 10 Jahre das Gesetz verlängern soll, ist wahrlich keine große Kommission nöthig. Seine Rede erinnert ganz an eine Anekdote, wo Jemand, der eine Dose vergessen hat, einen Brief schreibt und am Schlusse im Postskriptum hinzufügt: „Geben Sie sich keine Mühe, die Dose ist gefunden." (Heiterkeit,)

Es war mir unmöglich, den losen Zusammenhang seiner Beweisführung in die Hand zu bekommen, aus dem einfachen Grunde, weil er sich durchaus widersprochen hat. Er erkennt gleichfalls die Leitung der Reichsbank an, beschwert sich aber darüber, daß sie der Landwirthschaft keinen Kredit gebe. Es wird ihm gesagt, die Reichsbank habe auch jetzt schon dem einen oder andern Gutsbesitzer Kredit gegeben. Der Fehler kann doch dann nur allein in der Anwendung des Gesetzes liegen. Die paar Ausstellungen die er daran gemacht hat, sind so nebensächlich, daß ein Prinzipienstreit daran nicht zu hängen ist. Wenn er die Leitung der Reichsbank, also die Handhabung des Gesetzes, anerkennt, so begreife ich nicht, wie er sich so sehr ereifern kann. Wir können doch unmöglich in das Gesetz hineinschreiben, daß auch dem Handwerker oder dem Landwirth Kredit ertheilt werden soll. Wohlwollende Aeußerungen über die Landwirthschaft hat doch ein Jeder einmal gemacht. Das hat doch mit der Konstruktion einer Bank nichts zu thun, wenn es auch vielleicht bei Herrn Gamp durcheinander geht. (Heiterkeit). 1874 glaubten wir, mit dem Gesetz die beste Lösung gefunden zu haben. Heute müssen wir uns als loyale Männer fragen, was hat die Erfahrung gelehrt, wo ist etwa die bessernde Hand anzulegen? Ja, zeigen Sie doch bestimmte definirbare Fehler, zeigen Sie, wo die Organisation eine fehlerhafte war, wo sie zum Schaden des ganzen Landes oder einer gewissen Kategorie des Landes gewirkt hat, und ich bin mit Freuden bereit, mit Ihnen in eine Erörterung über die Verbesserung einzutreten. Aber wenn Sie nur mit so allgemein gehaltenen Ausführungen kommen, wie wir sie heute von zwei Seiten gehört haben, dann kann das kein Grund sein, ein so mühevoll zu Stande gebrachtes Werk zu ändern, das gute Dienste geleistet hat. Sollen wir uns wieder zu neuen Experimenten entschließen? Kein Mensch im Lande, der die Verhältnisse kennt, wird daran denken, und auch hier im Hause ist ernsthaft der Antrag nicht gestellt worden.

Die Reichsbank ist doch nichts anderes, als die erweiterte vervollkommnete fortgesetzte preußische Bank, und der jetzige Reichsbankpräsident der frühere Präsident der preußischen Bank. Wenn das so ist, wo sind die Schäden, die einseitigen Tendenzen, die früher bei der preußischen Bank nicht gewesen sein sollen, die man an der Reichsbank aber als einem halbliberalen Produkt zu erblicken glaubt? Es ist nicht im Entferntesten richtig, daß die Reichsbank in ihren Geschäften von irgend einer Einseitigkeit ausgegangen ist. Erster und leitender Grundsatz der Reichsbank ist: Die Bank leiht nur auf solche Wechsel und Gegenstände, von denen sie glaubt, daß sie ihr in einer bestimmten Verfallzeit wieder bezahlt werden, von denen sie das bezweifelt, nicht. Abgesehen davon, daß eine Bank keine Wohlthätigkeitsanstalt ist, würde eine Kreditthätigkeit, die über diesen Grundsatz hinausgeht, das Nationaleigenthum zerstören, denn, wer Geld zu unwirthschaftlichem Gebrauch verleiht, der schädigt das Nationaleigenthum, namentlich aber ein Institut, das an der Spitze der ganzen Zahlungsfähigkeit der Nation steht. Die erste Aufgabe der Reichsbank ist, ihre Banknoten gegen baares Geld jederzeit einzulösen. Von diesem Mittelpunkt geht alle Thätigkeit strahlend aus, und Alles, was da nicht hineinpaßt, ist vom Uebel.

Herr Gamp hat für seine Beschwerden nur einen einzigen Fall vorbringen können, und dieser ist doch kein Beweis, daß die Handhabung des Bankgesetzes nicht die richtige ist. Daß sich der Reichsbankpräsident nicht darauf eingelassen hat, auf Wunsch des Herrn Gamp eine Generalverfügung zu erlassen, ist erklärlich und richtig. Es wäre gefährlich, wenn eine Art von Begönnerung bei uns Aufnahme fände. Die Bank verfügt nach allgemeinen Grundsätzen und nicht nach speziellen Wünschen. Der Herr Reichsbankpräsident hat auf mich den Eindruck gemacht, als ob er unter einem gewissen Druck stand, als er die Verfügung wegen der bewußten Erleichterung der Grundbesitzer erließ. Es war in dem Moment, wo alles schrie, die Agrarier, die Produzenten von Kartoffeln u. s. w., daß sie das Opfer von neuen Steuern geworden wären, und da ist denn jener Erlaß von der Reichsbank ausgegangen, der an Korrektheit zu wünschen übrig läßt und der die Sicherheit der Bank zu wenig im Auge hat. Indessen hat das eine mehr theoretische Bedeutung. Gamps Theorie aber führt dahin, daß man auch denen Kredit geben soll, von denen man nicht in normaler Weise überzeugt ist, daß sie zur rechten Zeit bezahlen. Als Korrelat würde dem ein höherer Diskontsatz entsprechen, sodaß also, wenn dieser und jener nicht zahlt, die Bank schließlich im allgemeinen d. h. aus dem höheren Gewinn ihre Deckung bekommt. Bis jetzt ist im Gegensatz zu manchen Wünschen ein Bedürfniß zur Vergrößerung des Betriebskapitals nicht hervorgetreten, man müßte denn gerade das Kapital vermehren wollen, um in diesem Sinne Verluste zu erzielen, indem man solchen Leuten leiht. (Heiterkeit.) Mögen doch die Landwirthe Kreditinstitute gründen, möge man Handwerkerkreditkassen, möge man Genossenschaften schaffen, so viel man will, aber einen derartigen Wunschzettel für eine Reichsbank schreiben, weil solche Wünsche an dieser und jener Stelle existiren, das ist denn doch eine arge Verkennung der Aufgaben einer Reichsbank.

Daß man dem Reich durch die Verstaatlichung die Vortheile zuwenden will, welche jetzt die Aktionäre genießen, ist ja an sich etwas Diskutables. Nur befinden sich die Herren dabei in dem Irrthum, daß sie annehmen, der ganze Profit der Reichsbank würde aus den ungedeckten Noten genommen. Dabei ist aber nur zwei Drittel des ganzen werbenden Kapitals in ungedeckten Noten vorhanden. Der Nutzen entspringt vielmehr aus dem ganzen Geschäftskreis, innerhalb dessen die Reichsbank sich bewegt. Die Herren sagen zwar, wenn auch die Reichsbank verstaatlicht wird, an den Privatbanken soll nicht gerührt werden. Das ist aber undurchführbar; denn sobald Sie die Reichsbank verstaatlichen, können Sie diese Banken nicht weiter bestehen lassen, oder wie wollen Sie es denn verantworten, wenn die Vortheile, die bisher die Aktionäre der Reichsbank genossen, dem ganzen Reiche zu gute kommen, daß dann die Vortheile großer Banken nicht in die Reichskasse, sondern in die Tasche von Privaten fließen sollen? Dann kommt ein Konflikt zum andern. Ich weiß nicht, ob der Reichstag in seiner jetzigen Mehrheit für die Kontingentirung des Notenumkaufes ist; ich selber bin kein fanatischer Anhänger derselben, immerhin hat aber die Kontingentirung bis jetzt wenigstens nichts geschadet. Mit der Verstaatlichung der Reichsbank aber ist eine weitere Kontingentirung unvereinbar.

Der Einwand, daß im Falle eines Krieges Privatbanken vor dem Feind ebenso wenig sicher seien wie Staatsbanken, ist widerlegbar auf Grund von Erfahrungen. Ich weiß aus sehr guter Quelle, daß im letzten französischen Kriege, als die deutsche Armee in Frankreich einmarschirte, eine französische Bank in Gefahr war, daß ihr Baarvorrath von dem einmarschirenden Feind mit Beschlag belegt wurde. Dagegen wurde im Hauptquartier remonstrirt mit der Angabe, daß es eine Privatbank sei; und der Bescheid kam zurück, in diesem Falle solle man die Hand davon lassen. Auch die Kommune von Paris hat die Privatbank von Frankreich respektirt.

Wer die Organisation der Reichsbank kennt, kann unmöglich auf den Gedanken kommen, daß den Aktionären Privilegien zu Theil werden. Ein Privatinteresse ist im Ausschuß absolut nicht vertreten. Von allen Argumenten ist weiter das hinfälligste der Einwand, daß unter den Aktionären Ausländer seien. Nach dem Gesetze dürfen Mitglieder des Ausschusses nur Inländer sein. An der Bank betheiligt sind auch Ausländer. Das ist doch aber kein Nachtheil.

Ich sehe nicht ein, warum wir eine Kommission einsetzen wollen. entweder man läßt die Sache bei ihrer jetzigen Gestaltung und nimmt die Vorlage an, oder die Gegner siegen und werfen die ganze Vorlage um. Wollen Sie aber eine Kommission, dann sind 21 Mitglieder ausreichend. (Beifall links.)

Abg. Frhr. v. **Franckenstein** (Zentr.) beantragt die Einsetzung einer Kommission von 14 Mitgliedern.

Abg. **Bamberger** zieht seinen Antrag zu Gunsten des letzteren zurück.

Abg. **Singer** (Sozialdem.): Wir sind prinzipiell gegen die Vorlage und würden es für richtig halten, wenn der Vertrag mit der Reichsbank gekündigt wird und das Reich die Verwaltung in eigene Hand nimmt. Damit soll nicht gesagt sein, daß die Verwaltung der Bank eine schlechte sei oder daß es einer wesentlich anderen Organisation bedarf, sondern weil wir das Prinzip vertreten, daß die Reichsbank ihren Gewinn nicht an das Privatkapital abgeben soll. In den Jahren, über die der Bericht vorliegt, hat die Reichsbank 132 Millionen Ueberschüsse erzielt; davon sind 94 Millionen auf die Antheilbesitzer gefallen. Wir haben keine Lust, für die Aktionäre fette Dividenden zu schaffen die für Reichszwecke nützlicher verwandt werden können. Wie auf dem Eisenbahngebiete, so wird es auch auf dem Bankgebiete möglich sein, die Ueberschüsse dem Staatsbürger zu Gute kommen zu lassen.

Abg. **Hultzsch** (kons.) erklärt Namens einer Minderheit seiner Freunde voll und ganz die Zustimmung zur Vorlage der verbündeten Regierungen, und spricht seine Freude aus, sich wesentlich den Ausführungen des Abg. Bamberger anschließen zu können.

Graf v. **Stolberg** zieht seinen Antrag auf Verweisung an eine Kommission von 28 Mitgliedern zu Gunsten des Antrages Franckenstein zurück.

Abg. Dr. **Böckel** (Antisemit) spricht gegen die Vorlage. die in der Zeit des jetzigen Börsenschwindels die Ueberhebung der Börse nur noch steigere.

Die Reichsbank sei ein Werkzeug in den Händen der Juden. Was die Reichsbank jetzt sei, könne sie nicht bleiben. sonst sei keine Sozialreform möglich und dann gehöre die Zukunft der Sozialdemokratie.

Persönlich bemerkt

Abg. Dr. **Meyer** (dfr.): Der Abg. Gamp hat sich in scharfsinnigen Erörterungen darüber ergangen, welcher Werth oder Unwerth einem Wechsel inne wohnt, unter dem seine und meine Unterschrift sich befindet. Ich glaube einer größeren Vertiefung in dieser Frage dadurch vorbeugen zu können, daß ich vor ganz Deutschland erkläre, solche Papiere existiren nicht. Ich vertrete den Grundsatz, daß wer nicht geschäftliche Transaktionen hat, nicht Wechselreiterei treiben soll (Heiterkeit), und ich werde meinen Namen nicht unter einen Wechsel setzen, selbst wenn ihm die Ehre zu Theil wäre, perpendikular auf den Namen des Abg. Gamp herabzuhängen. (Heiterkeit links.)

Die Vorlage geht an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. (Freisinnige Anträge betr. Militärstrafprozeßordnung und Wahlen, Antrag Ackermann betr. Befähigungsnachweis).

Schluß 4¼ Uhr.

Deutschland.

*** **Berlin**, 8. November. Der Nachdruck, mit dem die „Nordd. Allg. Ztg." beim Abschluß ihrer Betrachtung über die Sozialistengesetzdebatte heute noch einmal versichert, daß die Bedingungen für eine Verständigung über das Gesetz in der Kommission gegeben seien, wird nicht verfehlen, Aufsehen hervorzurufen. Die Verständigung, welche die „Nordd. Allg. Ztg." meint, kann nur darin bestehen, daß die Nationalliberalen ihre schweren Bedenken gegen die dauernde Bewilligung des Gesetzes fallen lassen. Wie man hört, zeigt sich die Regierung sehr wenig geneigt, sich mit der Verlängerung des bestehenden Gesetzes auf 2 oder 3 Jahre zu begnügen. In diesem Falle würde, falls eine Verständigung über das dauernde Gesetz nicht zu Stande kommt, die Frage des Sozialistengesetzes Gegenstand der

Berliner Brief.

Von Otto Felsing.

(Nachdruck verboten.)

Berlin, 8. November.

Es giebt augenblicklich in Berlin nur drei Angelegenheiten, welche das allgemeine Interesse auf sich ziehen — merkwürdiger Weise drei, denn von dem dritten sollte man annehmen, daß es eigentlich bloß für einen ganz kleinen Kreis von Leuten gleichen Berufs Interesse haben könne! Diese drei Dinge sind: erstens die Reichstags-Verhandlungen über das Sozialistengesetz (mit denen ich mich zum Glück hier nicht zu beschäftigen brauche), zweitens der traurige Ausgang, den sowohl das ganze Emin Pascha-Reich wie die Peters'sche Unternehmung zur Rettung Emin Paschas genommen hat, und drittens die Fehde, welche sich anknüpfte an die Aufführung des Erstlingswerkes unseres jung- oder vielmehr gründeutschen „Shakespeares" Gerhard Hauptmann sowie an die freilich durchaus nicht salonfähigen Bemerkungen und Handlungen eines der Zuschauer der Aufführung jenes Werkes, zu dem der Autor die Begeisterung wohl weniger aus dem kastalischen Quell, als aus jenem Wässerlein geschöpft haben dürfte, das sich unweit eines braunen, nicht gerade angenehm duftenden Hügels in der Mitte der Bauernhöfe zu befinden pflegt. — Wenn ich sagen wollte, dieser Streit drehe sich um den Prozeß, welcher von dem ausgeschlossenen Vereinsmitgliede Dr. med. Kastan gegen den Vorstand der „freien Bühne" angestrengt worden ist, und weiter um den Prozeß, den dieser Vorstand nun seinerseits gegen den Dr. Kastan angestrengt hat, so wäre das nicht richtig, denn es würde ein Wesentliches bei diesem ganzen Streite außer Acht gelassen sein. Es handelt sich bei der Affaire Kastan contra „Freie Bühne" heute nicht mehr um die Frage, ob man einem seinen Beitrag zahlenden Mitgliede auf Grund freilich sehr scharfer Kritik-Aeußerungen den Zutritt zu den Darbietungen des Vereins verwehren könne; es ist vielmehr zu dieser Frage noch ein Moment hinzugekommen, dessen sich der Vorstand der „Freien Bühne" gewiß nicht versehen, als er dekretirte: „Kastan muß raus!" Und dieses Moment ist die hierbei in unerwarteter Stärke zu Tage getretene Mißstimmung über die Organisation des genannten Vereins. Ich muß offen gestehen, daß diese Mißstimmung auch bei mir vorherrscht und werde daher, zumal ich über die beregte Frage mit Niemandem Zwiesprach gehalten habe, nun im Folgenden auf mich allein exemplifiziren.

Ich weiß nicht, ob es den anderen „außerordentlichen Mitgliedern" des Vereins ebenso gegangen ist wie mir; aber von mir kann ich versichern, daß bei sämmtlichen Zuschriften, die ich von der „Freien Bühne" empfangen habe, die Unterschrift lautete: „Der Vorstand der Freien Bühne", und daß dann etliche, ich glaube meistens zehn Namen folgten. Plötzlich, bei Gelegenheit der Ausschließung Kastans, standen anstatt der Worte: „Der Vorstand", die anscheinend etwas ganz Anderes bedeutenden: „Der Verein „Freie Bühne" da und darunter befanden sich die Namen von zehn Leuten, von denen acht die Namen von Schriftstellern, einer derjenige eines Verlagbuchhändlers, und ein anderer der eines Rechtsanwalts war. Die Leute also, die ich (und wie ich wohl voraussetzen darf, so ziemlich die meisten von uns sogen. „außerordentlichen Mitgliedern") für den Vorstand des Vereins angesehen, entpuppten sich nun auf einmal als der ganze Verein selber, mit anderen Worten: ich machte die wenig erfreuliche Entdeckung, daß wir 800 und so und so viel Menschen, die wir fast das gesammte Geld für die Zwecke des Vereins aufbringen, nicht nur überhaupt gar nichts zu sagen haben und um gar nichts gefragt zu werden brauchen, sondern auch unter der Herrschaft von zehn Leuten stehen, die sich selber als Vorstand aufgethan oder diesen doch ganz eigenmächtig aus ihrer Mitte gewählt haben. Daß ein derartiges Verfahren in den Statuten irgendwie begründet ist, kann wohl sein; aber ich habe in meinem Leben keine Statuten des Vereins zu Gesicht bekommen, und wie mir wird es wahrscheinlich auch sehr vielen, wenn nicht den meisten anderen „außerordentlichen Mitgliedern" ergangen sein; ich schließe dies wenigstens aus den Mittheilungen, von denen die Zeitungen geradezu wimmeln, trotzdem die Sache ganz gewiß besser innerhalb des Vereins zum Austrag gebracht worden wäre. Wie ich höre . . . denn ich selbst habe keine Zeit, mich um solche Dinge des Näheren zu kümmern . . . hat die Erkenntniß, daß die „außerordentlichen Mitglieder" keine weiteren Rechte besitzen als zu zahlen und den Mund zu halten, eine große Anzahl derselben veranlaßt, in einer sog. Protest-Versammlung auf eine Aenderung der Statuten in puncto Mitgliedschaft hinzuarbeiten. Fraglich erscheint es mir freilich, ob der Verein (d. h. also jene Zehn, welche sich auf die Sitze der Vereinsleitung geschwungen haben) zu einer solchen Statutenänderung die Hand bieten würde; denn es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß diese Herren im Hinblick auf ihre bis jetzt beliebte Art der Vereinsleitung nicht wiedergewählt werden würden, wenn es zu einer Wahl auf der Basis umgeänderter Statuten käme.

In einer der vorhin erwähnten Zeitungen — sie alle machen, soweit sie mir zu Gesicht gekommen und nicht vom „Rath der Zehn" irgendwie beeinflußt sind, entschieden Front gegen den „Verein" — warf ein „Vereinsmitglied" die Frage auf, warum denn die Leute, welche mit ihrer Stellung als „außerordentliche" Mitglieder unzufrieden wären, nicht einfach austräten?! Ich bezweifle sehr, daß der Verein, will sagen die „ordentlichen Mitglieder", Lust verspüren würden, diese Frage offiziell an die außerordentlichen Mitglieder zu richten; sie würden sonst befürchten müssen, sofort mit einer nur sehr kleinen Anzahl „Außerordentlicher" weiter arbeiten zu können, einer so kleinen Anzahl, daß die fernere Arbeit dadurch vielleicht ganz unmöglich würde (und daran würde niemand, am allerwenigsten aber die Kunst auch nur irgend etwas verlieren. Anm. d. Red.). Denn es würden nicht sehr viele von den außerordentlichen Mitgliedern in der Zwangslage sein, welche es z. B. mir verwehrt, jetzt, nachdem ich eines „Besseren" über den Verein und den Werth der außerordentlichen Mitgliedschaft belehrt bin, meinen Austritt anzumelden, einer Zwangslage nämlich, die daraus entsteht, daß ich mich einer Anzahl von hervorragenden Blättern gegenüber verpflichtet habe, Berichte über die Aufführungen der „freien Bühne" zu schreiben. — Die Organisation dieses merkwürdigen Vereins wird also im ersten Geschäftsjahre dieselbe bleiben wie seither; dann aber wird zweifellos für eine andere Organisation gesorgt werden, falls der Verein nicht etwa am Schlusse dieses Geschäftsjahres zur Liquidation schreitet. Uebrigens scheint mir die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß die „Freie Bühne" schon vorher „auffliegt", oder gar aufgehoben wird; denn wie ich aus wirklich „guter Quelle" vernommen, hat man von Polizei wegen ein äußerst scharfes Auge auf sie! So viel ist sicher: der Rath der Zehn wird künftighin bei allen seinen Maßnahmen außerordentlich vorsichtig sein müssen, wenn der „freien Bühne" nicht plötzlich der Lebensfaden durchschnitten werden soll, möge nun der von jenem ausgeschlossenen Mitgliede angestrengte Prozeß am 15. d. Mts. zu einer Annullirung des Ausschluß-Dekrets führen oder nicht!

Das ist aber nicht die einzige Frage, welche dem Kunst und Literatur liebenden Publikum Berlins Anlaß zu eifriger Diskussion giebt; man diskutirt auch über eine zwischen Paul Lindau und der General-Intendanz der königlichen Theater (resp. dem Direktor des Schauspielhauses, Dr. Devrient) geführte Korrespondenz, die ihren Abschluß in der vom Autor verlangten Rückgabe des vor beinahe einem Jahre angenommenen, jüngst in Prag mit großartigem Erfolge auf-

Wahlagitation werden und davor scheint sowohl die Regierung wie die nationalliberale Partei zurückzuschrecken. Daß diese Erwägungen hinreichen werden, die Nationalliberalen zum Verzicht auf die von Herrn v. Cuny präzisirten Bedingungen für die Bewilligung eines dauernden Gesetzes zu veranlassen, wird in parlamentarischen Kreisen von der einen Seite mit ebenso großer Bestimmtheit behauptet, wie es von der anderen Seite in Abrede gestellt wird. — — Die Verhandlungen der Budgetkommission über die Ausgaben für die deutschen Schutzgebiete waren heute auch insofern von thatsächlichem Interesse, als dieselben dem Vertreter des auswärtigen Amts Gelegenheit gaben, sich über die beabsichtigte Veräußerung eines Theils des Gebietes der südwestafrikanischen Gesellschaft zu äußern. Ob die Bemerkung des Grafen Berchem, der dieserhalb geschlossene Vertrag dürfte nicht perfekt werden, den Widerspruch des auswärtigen Amts gegen den Verkauf überhaupt in Aussicht stellt, oder dieselbe sich auf Modalitäten des geschlossenen Vertrages bezieht, ist noch nicht ganz klar. Im Uebrigen haben auch die Mittheilungen des Abgeordneten Hammacher keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Gesellschaft finanziell zur Zeit wenigstens durchaus leistungsunfähig ist. — — Mit der Absicht, das Arbeitspensum des **Reichstags** in möglichst kurzer Zeit zu erledigen, steht der heutige Beschluß des Reichstags, die Abänderung des Reichsbankgesetzes an eine Kommission zur Vorberathung zu überweisen, nicht gerade im Einklang. Denn schon die heutige, in mancher Hinsicht interessante Diskussion hat zur Genüge erkennen lassen, daß die Gegner der Vorlage, d. h. die Freunde der Verstaatlichung, keinerlei Aussicht auf Erfolg haben. In Wirklichkeit ist die Verweisung an eine Kommission nur eine Gefälligkeit, welche die Mehrheit der Minorität erweist. Das Zentrum ist freilich heute garnicht zum Worte gekommen, aber man wird gerade darin, daß die Zentrumsredner auf eine Betheiligung an der Debatte verzichten, den Beweis sehen dürfen, daß in dieser Partei, wenn auch nicht die sachlichen, so doch die partikularistischen Gründe, welche gegen die Verstaatlichung der Reichsbank sprechen, die Oberhand behalten. In einer Hinsicht war die heutige Debatte eine große Enttäuschung; der Sturm gegen die jetzige Organisation der Reichsbank und gegen die Goldwährung, welche nach der Ankündigung der Herrn v. Kardorff befreundeten Blätter von diesem Vorkämpfer des Bimetallismus bei dieser Gelegenheit in Szene gesetzt werden sollte, ist unterblieben. Daß die Freunde der Verstaatlichung der Reichsbank das Terrain nicht ganz günstig finden, bewies am besten die Haltung des vortragenden Raths im Handelsministerium, Geh. Raths Gamp, der seine endlose Rede gegen die Vorlage mit der Erklärung schloß: er werde sich vorläufig mit einer Ankündigung der Kündigungsfrist auf 5 Jahre begnügen und der damit dem Spott des Abg. Bamberger verfiel, der sich in seiner Eigenschaft als Vater des Bankgesetzes verpflichtet fühlte, den Bankpräsidenten seiner und seiner Partei Unterstützung zu versichern. Die Schärfe, mit der Herr v. Dechend den agrarischen Begehrlichkeiten gegenübertrat, erklärt den lebhaften Beifall, der die Ausführungen desselben begleitete.

— Die letzten Nachrichten, welche Dr. **Peters** selbst in einem längeren Berichte an das hiesige **Emin Pascha-Komite** mitgetheilt hatte, sind in einem Berichte enthalten, den derselbe am 8. September aus **Nkone** in der Landschaft **Subaki** abgeschickt hatte. In diesem Berichte machte er Mittheilungen über die Schwierigkeiten des Transports, da die Eingeborenen, welche hier noch zu den Wapokomo gehören, nur mit äußerstem Widerstreben ihre Maus — der dortige Name für die aus einem gehöhlten Baumstamm angefertigten Kähne — hergeben, offenbar angereizt durch die Araber in Kau und Kipini. Der „Magdeb. Zeitung“ wird hierzu Folgendes geschrieben:

„Peters hatte sonst direkten Widerstand nirgends gefunden; einmal war er bei dem Näherkommen an eine der Stationen, welche die Britisch-Ostafrikanische Gesellschaft am Tana angelegt hat — im Ganzen sind es drei — mit Flintenschüssen empfangen, die aber nur zur Begrüßung abgefeuert gewesen waren, da in dem Lager sich ein ihm von Sansibar her bekannter befreundeter Araber befand. Am 9. September brach Peters nach Massa auf, welches etwa unter dem 1 Gr. 12' s. Br. und 39 Gr. 40' ö. L. Gr. am Tana in der Landschaft Malakote liegt und im Jahre 1878 auch von Denhardt besucht wurde. Eine englische Expedition war zwar noch nicht über Massa hinausgedrungen, hatte aber bekanntlich unverrichteter Sache umkehren müssen. Hier in Massa hatte die Expedition längere Zeit still liegen müssen, da Peters jetzt in der schwierigen Lage war, bald die Wasserstraße verlassen und den Landweg nach dem Kenia einschlagen zu müssen. Einige Tagereisen durch die Landschaft Korokoro ist der Tana zwar noch schiffbar. Das letzte Dorf der Wapokomo, 12 Tagereisen oberhalb Massa etwa unter dem 0'40 s. Br. und 39 Gr. 20' ö. L. heißt Hameye. Dort hat der Tana nur noch etwa 3 Fuß Wasser in der Regenzeit und ist nicht mehr schiffbar. Die wasserlose Steppe, welche von da an beginnt, schätzte Peters auf etwa acht Tagereisen. Er hatte einen besonderen Plan, diese Schwierigkeiten zu besiegen, dessen Ausführung aber nach seinem letzten Bericht Zeit, viel Zeit beanspruchte. Wie es scheint, ist er bald bei seinem Eintritt in das Massailand gefallen; ob durch Massai oder Somali, ist noch ungewiß. Mit den Somali vom Stamm der Wagallalla, welche am oberen Tana wohnen, und die er in Witu getroffen hatte, hatte Peters gewisse Beziehungen angeknüpft, so daß er, zumal er einige Leute bei sich hatte, die das Massailand kannten und schon bis zum Baringosee gewesen waren, voll guten Muthes in die Zukunft sah. Er hatte nur etwa 25 Somalis und einige Träger bei sich, da ein großer Theil der von Aden gebrachten Somalis wegen Krankheiten nach Hause zurückkehren mußte. Da die Massais bis jetzt eine Karawane, welche von Weißen geführt war, noch nie angegriffen hatten — man denke an die Reise des Grafen Telekt — sondern sich damit begnügt hatten, durch Erzwingung von übermäßigen Wegegeldern die Karawanen auszuplündern, bis nichts mehr zu holen war, kommt diese betrübende Nachricht recht überraschend.

— Aus Anlaß eines Spezialfalles waren Ermittelungen darüber angestellt worden, ob in den außerpreußischen Bundesstaaten **Medizinalbehörden nach Analogie der Preußischen Provinzial-medizinal-Kollegien** bezw. der Preußischen wissenschaftlichen Deputation für das Medizinalwesen bestehen, ferner darüber, ob und inwieweit dem Reichsfonds dadurch Kosten erwachsen, daß in militärgerichtlichen Angelegenheiten Gutachten der betreffenden Medizinalkollegien oder gleichartigen Behörden eingeholt werden. Die Ermittelungen haben ergeben, daß in dieser Beziehung bei den einzelnen Kontingenten eine erhebliche Ungleichheit besteht. Während in Preußen und Württemberg die Gutachten der entsprechenden, aus Landesmitteln unterhaltenen Medizinalinstanzen gebührenfrei erstattet und nur für etwaige Geschäfte außerhalb des Sitzes der Behörde Fuhrkosten und Tagegelder liquidirt werden, gelangen im Königreich Sachsen, in Baden, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz und Hessen auch Gebühren auf die Ausstellung von Gutachten zum Ansatz. Da die hierin liegende Prägravation Preußens und Württembergs nicht im Einklange mit der verfassungsmäßigen Pflicht zur gleichmäßigen Tragung der Militärlast steht, und ein einheitliches Verfahren in der fraglichen Hinsicht innerhalb des ganzen Deutschen Reiches erwünscht ist, so ist beim Bundesrath der Antrag gestellt worden, zu beschließen, daß den in den einzelnen Bundesstaaten bestehenden oder zu bestellenden Medizinal-Kollegien oder deren Mitgliedern für Gutachten in militärgerichtlichen Angelegenheiten ein Anspruch auf Vergütung aus Reichsfonds nicht zusteht, daß aus letzteren vielmehr nur für die mit solchen Gutachten verknüpften Geschäfte außerhalb des Sitzes der Behörden Fuhrkosten und Tagegelder zu gewähren sind.

Oesterreich-Ungarn.

* **Wien**, 7. Nov. Die heutige **Adreßdebatte** im böhmischen Landtage ist eigentlich eine belanglose Zänkerei zwischen Altczechen und Jungczechen gewesen. Politisch ist allenfalls hervorzuheben, daß die Feudalen, gleichwie die Altczechen, in argen Uebertreibungen die Bedeutung des czechischen Staatsrechtes feierten, dagegen die Wiederherstellung desselben lediglich im Rahmen der bestehenden österreichischen Verfassung anzustreben erklärten.

Frankreich.

* **Paris**, 7. November. („Voss. Ztg.“) Bestrahlt von der rothen Lohe des bengalisch beleuchteten Eiffelthurms endete die **Weltausstellung** gestern Abend um elf Uhr wie in einer Apotheose. Der Andrang zum Marsfelde war an diesem letzten, von herrlichstem Sonnenwetter begünstigten Tage unerhört. Von Mittag ab mußte man sich an allen Eingängen anstellen, von 4 Uhr ab war jede Bewegung in den Ausstellungsräumen unmöglich. Im Gedränge wurden einigen Dutzend Frauen und Kindern Arme und Beine gebrochen. Wagen und Omnibusplätze waren nicht zu haben, selbst die Kremser wiesen die Kundschaft zurück, obschon sie ihren gewöhnlichen Preis von fünfzig Centimes verdoppelt hatten. Die Eintrittskarten kosteten vorgestern 20 Centimes, gestern wurden sie Vormittags für 40 Centimes, Abends für 25 Centimes angeboten, meist vergebens. Man berechnet, daß gegen zwei Millionen unbenutzt geblieben sind. Man beginnt, Statistiken zu veröffentlichen, welche den ungeheuern Erfolg der Weltausstellung verdeutlichen. Sie hatte ohne den gestrigen Tag 25 028 254 zahlende Besucher und läßt, was in der Geschichte der Ausstellungen beispiellos ist, 8 Millionen Ueberschuß in den Händen der Verwaltung. Paris wurde während ihrer Dauer nach Polizeiangaben von 5 Millionen Provinzbewohnern und von 1½ Millionen Ausländern besucht; Deutsche sollen 160 000 gekommen sein. Das Bouchtanzcafé der Cairostraße nahm 400 000 Franken ein, die Decauville-Eisenbahn 1½ Millionen, der Eiffelthurm 6½ Millionen. Duval hatte an drei Ausstellungsrestaurationen 1½ Millionen Reingewinn. Zehntausende von Parisern sind reich geworden, und das erklärt es, daß Viele den gestrigen Tag als Fest feierten und ihre Läden schlossen.

Rußland und Polen.

⊙ **Petersburg**, 7. November. Die Haltung der russischen Presse ist seit dem Besuche des Zaren in Berlin eine bedeutend maßvollere, als bisher, und selbst die „Now. Wremia“, welche zu den deutschfeindlichsten Organen gehört, und bisher ihren Haß gegen das Deutschthum stets offen bekundet hat, stimmt gegenwärtig eine verhältnißmäßig friedliche Tonart an. In einem Artikel sagt der Chef-Redakteur Suworin: „Man beschuldigt mich, daß ich eine Politik eifersüchtigen Mißtrauens gegen Deutschland, und reger Sympathie für Frankreich vertreten habe; ferner soll ich danach streben, daß diese passive Politik sich zu einer aktiven gestalte 2c. Ich empfehle jedoch nichts derartiges dem „Russischen Kabinet“, wie dies meine Gegner behaupten. Ich unterhalte mich nur mit meinen Lesern, und wenn unter diesen sich ein Mitglied des russischen Kabinets

---

geführten Stückes: „Mariannens Mutter“ gefunden hat. Herrn Dr. Lindau war vor mehr als 11 Monaten die Annahme des von ihm eingereichten Stücks in einem komplimentevollen Schreiben zugesagt worden. Neuerdings nun wurde ihm die Nachricht, daß Herr Dr. Devrient, wie er dem Autor schreiben ließ, von seinem Rechte auf Ablehnung jenes eingereichten Stückes keinen Gebrauch machen wolle, weil er der Zusage des Grafen Hochberg gegenüber „keine Schwierigkeiten zu erheben“ beabsichtige. Dr. Devrient, der sich bis jetzt als Leiter der königlichen Schauspiele durch nichts weiter als durch überhastete Aufführungen, Abhetzung der übermäßig angestrengten schauspielerischen Kräfte sowie durch eine sich rein auf das Aeußerliche beziehende Regie-Thätigkeit ausgezeichnet hat, den von ihm herausgebrachten Stücken aber in Bezug auf die innere Durcharbeitung sehr viel, manchmal fast alles schuldig geblieben ist, — Dr. Devrient berief sich Herrn Paul Lindau gegenüber auf seinen Kontrakt, wahrscheinlich in durchaus mißverständlicher Auffassung desselben; denn es ist doch nicht gut denkbar, daß der Schauspiel-Direktor das kontraktliche Recht haben könne, ein von seinem Chef längst angenommenes Stück nach Jahresfrist wieder abzulehnen! — Das ist aber eine Sache, die nur ihn und seinen Chef angeht; was uns, das Publikum und seine journalistischen Wortführer, anbetrifft, so haben wir in diesem Falle nur unserem Bedauern darüber Ausdruck zu geben, daß sich das Schauspielhaus einen unserer besten Bühnen-Autoren durch solche Dinge entfremdet — wie es sich auch durch die merkwürdige Behandlung Lubliners (Hugo Bürgers) vor wenigen Tagen erst diesen Autor, kurz nach der recht mittelmäßigen Aufführung seines Schauspiels: „Der Name“, entfremdet hat. Solche Differenzen zwischen den Autoren und Direktoren kommen ja so ziemlich überall vor; indessen giebt es auch Fälle, wo dergleichen gar nicht vorkommen kann! So hat z. B. Berlin ein Theater, dessen Direktor mit einem seiner besten Autoren gar niemals in Differenzen zu gerathen vermag, weder in Bezug auf Annahme und Ausstattung noch auf die Tantièmen: das Lessing-Theater! Diese Bühne ist in der Lage, einen sehr gefügigen, nur ihren Interessen lebenden Autor zu haben, und dieser Autor ist in der nicht minder beneidenswerthen Lage, einen Direktor zu haben, der immer nur sein, des Autors, Bestes will, sintemal und alldieweilen Autor und Direktor eine Person sind! Im Lessingtheater ist es jenem Autor-Direktor nun passirt, daß sein neuestes Stück bei den folgenden Aufführungen eine weit bessere Aufnahme fand als bei der Première, was sich theils aus dem Umstande erklärt, daß das Stück schon bei der ersten Wiederholung einen besseren Schlußakt hatte als am ersten Abend, theils aber auch daraus, daß bei den Wiederholungen die zahlreichen persönlichen Feinde des Autors fehlten, jene Feinde, die so lange still sind als der Erfolg unbestreitbar ist (hier also bis zu Anfang des Schlußaktes des „Zaungastes“), und sofort Skandal machen, wenn sich die erste und kleinste Handhabe zur Anfechtung des Stückes oder der Darstellung bietet. Ich persönlich, der ich nicht der Première, sondern einer Wiederholung des „Zaungastes“ anwohnte, muß nun konstatiren, daß das Stück nach seiner Umarbeitung einen glänzenden, einen rauschenden Erfolg erzielte; ich kann aber andererseits nicht umhin zu erklären, daß Blumenthals neuestes Stück nach meiner Ansicht nicht sein bestes ist, und zwar deshalb nicht, weil der Autor die Haupthandlung (deren erster Träger dem Opus den Titel giebt) vom zweiten Akt an ziemlich ganz fallen läßt und erst im Schlußakt wieder stärker betont, ganz abgesehen davon, daß sich unter den Personen des Stückes so manche befinden, die nur der Phantasie des Autors entstammen, im Leben aber schwerlich je zu finden sind! Da das Stück nichtsdestoweniger so viele der glänzenden Eigenschaften Blumenthals zeigt, daß es wohl über so ziemlich alle deutschen Bühnen gehen wird (von sehr vielen ist es schon angenommen), so will ich dem eigenen Urtheil meiner Leser hier nicht weiter vorgreifen, sondern mich auf die kurze Angabe beschränken, daß der „Zaungast“, mit Namen Dr. Johannes, ein Mensch ist, der sein Leben lang gewissermaßen nur über das Stacket hinweg lugend an dem Glück und den Freuden anderer Theil nimmt, und als er sich selber sein Glück gründen will und sich mit der Geliebten seines Herzens verlobt, finden muß, daß sie eigentlich nicht ihn, sondern einen Anderen, anscheinend längst Vergessenen, liebt. Dr. Johannes ist so großmüthig, so unglaublich großmüthig, daß er am Schlusse des letzten Aktes seine Braut förmlich zwingt, den Anderen zu heirathen, daß er sie diesem zuführt!

Daß das Stück wie fast alle übrigen dieses Autors mit funkelnden und blitzenden Dialogwendungen, schlagkräftigen Bonmots und feingeschliffenen Witzen förmlich übersät ist, brauche ich Ihnen nicht erst zu sagen, dafür bürgt schon der Name seines Urhebers!

Sehr viel tiefer im Dialog steht die jüngste Novität des „Deutschen Theaters“, Rosens angebliches Lustspiel „Nächstenliebe“. Es ist ein richtiger und wirklich lustiger Schwank, wie alle anderen Stücke Rosens, trotzdem es, wie seine letzten, den Versuch macht, Zeitbilder zu geben und die Thorheiten, Schwächen und Fehler der Menschen zu geißeln. Hier soll der Eigennutz, der Egoismus gegeißelt werden, der sich bei so vielen unter der Maske der „Nächstenliebe“ verbirgt — ein vortrefflicher Lustspielstoff, zu dessen Bewältigung aber ein anderer Mann als Rosen gehört! — Zum Glück läßt Rosen sehr bald alle satirischen Absichten bei Seite und klingelt nur mit der Schellenkappe der „lustigen Person“ anstatt uns mit rosenumblühten Dornen zu schlagen; auf diese Weise unterhält er uns und heimst selber einen Erfolg ein, während er sicher einen Mißerfolg erzielt hätte, wäre er seiner anfänglichen Absicht treu geblieben!

Was das Musikwesen anlangt, so habe ich Ihnen diesmal nur Weniges zu berichten, so viele Konzerte auch in dieser Woche gegeben wurden — denn von den meisten derselben verlohnt es sich nicht zu reden! Dafür verdient aber auch das eine Konzert, von dem ich Ihnen zu schreiben habe, desto mehr hervorgehoben zu werden, nämlich das erste diesjährige Abonnements-Konzert von Emil Sauret und Heinrich Grünfeld in der Singakademie! Dasselbe fand vor dichtbesetztem Saale, und zwar unter Mitwirkung der Sängerin Frau Clara Schulz-Lilie (aus Genf) und des Klavier-Virtuosen Dr. Jedliczka statt. Alle vier Künstler leisteten Ausgezeichnetes, jeder in seinem Fache. Eine geradezu entzückende Leistung aber war das von den Herren Jedliczka, Sauret und Heinr. Grünfeld ausgeführte, dem Andenken Rubinsteins gewidmete Trio („à la mémoire d'un grand artiste“ drückt das der Komponist Tschaikowsky aus); es ist dies jenes nicht allzu häufig gehörte, zwar der Schwierigkeiten, aber auch der Schönheiten eine Fülle bietende Werk für Piano, Violine und Cello, das in Künstlerkreisen meist „das Rubinstein-Trio v. Tschaikowsky, Opus 50“ genannt wird. — Von den Solopiècen des Pianisten nenne ich hier besonders gern die meisterlich gespielte Fantasie und Fuge (in Fdur) von Joh. Seb. Bach, und von den Cello-Solo-Nummern eine reizende Berceuse von Moszkowsky sowie eine liebenswürdige „Serenade“ von A. Grünfeld, beide von H. Grünfeld mit jener an ihm bekannten Schönheit des Tons und jener innigen Beseelung gespielt, die nicht von einem bloßen Virtuosen, sondern nur von einem echten, ich möchte fast sagen „naiven“ Künstler erreicht wird! — So viel, oder vielmehr so wenig vom Musikleben der Reichshauptstadt! Daß ich Ihnen nicht mehr von diesem allzu üppig wuchernden Musikleben schreibe, daß ich Ihnen nicht auch noch Bericht erstatte über die in der letzten Woche zu mehreren Dutzenden zu hören gewesenen „Anfänger-Konzerte“ — dafür werden Sie mir Dank wissen; deß bin ich sicher!

---

befinden sollte, so würde derselbe sicher ein derartiges Verlangen aus meinen Worten nicht herauslesen. Meiner Ansicht nach muß unsere Politik sich nicht stützen auf ein eifersüchtiges Mißtrauen gegen diese oder jene Seite, sondern einzig und ausschließlich auf das Vertrauen zur russischen Nation, zu den moralischen Kräften und dem materiellen Reichthum Rußlands. Möge diesen Grundsatz das russische Kabinet sich zur Richtschnur nehmen, und unsere auswärtige Politik wird auf sicherem Grunde stehen, wird unabhängig und würdig eines Reiches sein, welches der Hort des Ostens ist, indem es denselben vor der Ausbeutung durch den Westen behütet. Ich bin vollkommen überzeugt, daß Deutschland nicht nur nicht sich zurückhält, sondern daß es auch in dem status quo nicht verbleiben kann und nach der Erweiterung der deutschen Hegemonie streben wird, indem es zu diesem Zwecke alle, sowohl kriegerischen als kulturellen Mittel anspannt. Aber gerade deswegen strebe ich danach, daß auch Rußland alle seine Kräfte und Mittel anspannen, daß es seine Macht, seine Unverletzlichkeit und seine Rolle als Hort des Ostens zu vertheidigen verstehe. Deswegen auch vertrete ich eine nicht passive, sondern aktive Politik, — jedoch aktiv nicht im aggressiven Sinne, sondern nur voller Thatkraft, welche uns stärken und uns die Unverletzlichkeit sichern kann." — Die kolossalen **Wittgensteinschen Güter**, welche theils in Litthauen, theils im Königreich Polen liegen, und einen Flächeninhalt von 877 000 Djessätinen (= Hektaren) haben, werden jedenfalls von der jetzigen Besitzerin, der Fürstin Hohenlohe, der Gattin des Statthalters von Elsaß-Lothringen, der Schwester des verstorbenen Fürsten Wittgenstein, verkauft werden, da sie nach neuerer russischer Gesetzgebung als Ausländerin diesen Besitz nicht behalten darf, und ihre Bemühungen für ihren ältesten Sohn die russische Staatsangehörigkeit zu erwerben, erfolglos geblieben sind. Es sind auch bereits die zahlreichen Pächter auf den Wittgensteinschen Gütern von dem beabsichtigten Verkaufe benachrichtigt worden.

× **Warschau**, 7. Nov. In Betreff der **Besetzung der katholischen Bischofssitze** im Königreich Polen bringt das hiesige „Slowo" ein Telegramm aus Petersburg, nach welchem die vom dortigen „Kraj" gebrachte Liste der Kandidaten für die Bischofssitze dem Kaiser noch nicht vorgelegt und demnach auch noch nicht bestätigt worden ist; insbesondere soll es sich noch um den Kandidaten für den Bischofssitz Mohilew handeln.

Aus der Provinz Posen

und den Nachbarprovinzen.

G. **Gnesen**, 8. November. [**Wahlen.**] Bei den gestern und heute stattgehabten Stadtverordneten-Wahlen wurden zu Stadtverordneten wieder- resp. neugewählt die Herren: Rentier Ernst **Bettcher**, Kaufmann Leopold **Gimkiewicz**, Kaufmann Edmund **Grodzki**, Malermeister B. **Gosieniecki**, Maurermeister **Hoffmann**, Gymnasial-Direktor Dr. **Methner**, Kaufmann W. v. **Wierzbicki** und Posthalter Carl **Zuther**. In der dritten Abtheilung wurden 168, in der zweiten 23 und in der ersten Abtheilung 22 Stimmen abgegeben.

* **Hirschberg**, 6. November. Am 2. November wurde nach einer Mittheilung des „Hirschberger Tageblattes" der des Mordes an der Wittwe Stephan verdächtige Maurer Lange aus Krummöls aus der Untersuchungshaft in Hirschberg wieder in das Greiffenberger Amtsgerichtsgefängniß übergeführt, aber am 4. November aus demselben entlassen. — Wegen Verdachtes der Betheiligung an der Ermordung der Frau Mildner in Rudelstadt sind in Liegnitz und in Landeshut zwei Männer verhaftet worden. Wie aus einer Bekanntmachung der Staatsanwaltschaft hierselbst in Sachen des zu Rudelstadt verübten Mordes hervorgeht, zeigt diese Unthat mit der vor 5 Wochen zu Krummöls erfolgten Mordthat solche Aehnlichkeit, daß man versucht ist, beide Morde auf dieselben Urheber zurückzuführen. Beide Ueberfälle richteten sich gegen das Leben alter, wehrloser, alleinwohnender Frauen. Der Umstand, daß man in der Nähe des Thatortes des Rudelstädter Mordes eine auf die Laubaner Gegend hinweisende Flasche fand, giebt der Vermuthung Raum, daß das Mörderpaar (mit einem solchen hat man es wohl zu thun) aus der Gegend von Krummöls kam.

Lokales.

Posen, 9. November.

* **Richtigstellung**. In dem heutigen Referate über die Sitzung der polytechnischen Gesellschaft, Nr. 785 der Zeitung, hat sich ein arger Druckfehler eingeschlichen, es muß daselbst Zeile 14 heißen: **komprimirte Luft** anstatt: **kompromittirte Luft**.

* **Feuer**. In dem Gebäude Große Ritterstraße 2 war gestern Abend ein Korb mit Wäsche in Brand gerathen. Das Feuer wurde durch Hausbewohner gelöscht, so daß die herbeigerufene Feuerwehr nicht in Thätigkeit kam.

* **Aus dem Polizeibericht**. **Verhaftet**: Ein Bettler; ein Mädchen wegen groben Unfugs; 2 Burschen wegen Diebstahls und ein Droschkenkutscher, weil er verdächtig ist, die Absicht gehabt zu haben, zwei Damen zu berauben. — **Verloren** wurde gestern ein silbernes Armband auf dem Wege von der Breslauer- nach der Berlinerstraße. — **Gestohlen**: Einem Fleischer in Schwersenz eine Ziege im Werthe von 8,50 Mk., welche auf dem Hofe des Grundstückes Wronker-Platz Nr. 6 angebunden gewesen war; einem Mädchen auf dem Alten Markt aus der Manteltasche ein Portemonnaie.

* **Die Pflasterung** der Straße zwischen der Berliner Chaussee und der Eisenbahnüberführung ist gestern fertig gestellt worden.

* **Zwei Bäume** wurden gestern Nachmittag durch einen Wagen des Feld-Artillerie-Regiments Nr. 20 auf dem Wege vom Fort Grolmann nach dem Wildathor umgefahren. Als der Wagen den Berg hinabfuhr, ging nämlich bei dem Pferde an der rechten Seite die Steuerkette entzwei, und mit ungehemmter Schnelligkeit fuhr ersterer gegen die Bäume, wodurch er zum Stehen kam.

Handel und Verkehr.

** **Berlin**, 8. November. **Zentral-Markthalle.** [Amtlicher Bericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in der Zentral-Markthalle.] Marktlage. Fleisch. Ziemlich starke Zufuhr, stilles Geschäft, Bakonier-Schweine etwas höher bezahlt. Wild und Geflügel. Zufuhren in Wild genügend, Hasen jedoch knapp und höher bezahlt. Lebendes Geflügel kaum verkäuflich. Fische. Reichliche Zufuhr, nur Ostseelachs bleibt knapp und theuer. Im Uebrigen bleibt das Geschäft flau bei weichenden Preisen. Butter. Die Zufuhr bleibt knapp, Preise anziehend, Käse unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte unverändert.

Fleisch. Rindfleisch Ia 58—62, IIa 45—54, IIIa 36—40, Kalbfleisch Ia 60—65, IIa 48—55, Hammelfleisch Ia 50—55, IIa 36—45, Schweinefleisch 60—64 Mk. per 50 Kilo.

Geräuchertes und gesalzenes Fleisch. Schinken ger. mit Knochen 90—110 M., Speck, ger. 75—80 M. per 50 Kilo.

Wild. Damwild per ½ Kilo 0,30—0,45, Rothwild per ½ Kilo 0,30—0,38, Rehwild Ia. 0,50—0,60, IIa. bis 0,45, Wildschweine 0,30—0,40 M., Hasen per Stück 2,50—3,60 M.

Wildgeflügel. Fasanenhähne 2,50—3,25 Mk., Fasanenhennen 1,50—2,00 Mk., Krammetsvögel —,— M., Wildenten 1,00—1,40 Mk., Seeenten 50—75, Krickenten 30—40 Pf., Waldschnepfen 2,50—3,00 M., Bekassinen — bis — Mark, Rebhühner, junge 1,20 bis 1,40 Mk., alte 0,80—1,00 Mk. per Stück.

Zahmes Geflügel, lebend. Gänse, junge 2,00—3,50, Enten 1,20—2,00 Mk., Puten 2,50—3,00, Hühner alte 0,80—1,25, do. junge 0,30 bis 0,70 M., Tauben 0,40 bis 0,45 Mark per Stück.

Fische. Hechte pr. 50 Kilo 49—59, Zander 61—100, Barsche 50—60, Karpfen große — Mk., do. mittelgr — Mk., do. kleine —, Schleie 90 Mk., Bleie 45—50 Mk., Aland 52 Mk., bunte Fische (Plötze rc.) do. 17 M., Aale, große 90 M., do. mittelgroße 75 M., do. kleine 60 M. Krebse, große, p. Schock — M., mittelgr. 2,50—4,00 M., do. kleine 10 Centimeter 1,25—1,40 Mk.

Butter u. Eier. Ost- u. westpr. Ia. 117—119 M., IIa. 110—115, schlesische, pommersche und posensche Ia. 116,00—118,00, do. do. IIa. 110—114 M., ger. Hofbutter 108—112 M., Landbutter 85—93 M. — Eier. Hochprima Eier 3,20—3,25 Mark, Prima do. —, per Schock netto ohne Rabatt.

Gemüse und Früchte. Dabersche Speisekartoffeln 1,20—1,60 M., do. blaue 1,20—1,60 M., do. Rosen- 1,20—1,50 M., do. weiße 1,20—1,60 M. Zwiebeln 6,00—7,00 M. per 50 Kilogramm, Mohrrüben, lange per 50 Liter 1,00 Mark, Blumenkohl, per 100 Kopf 25—30 Mark, Kohlrabi, per Schock 0,50—0,60 M., Kopfsalat, inländisch 100 Kopf 3 M., Spinat, per 50 Ltr. 0,75 M., Kochäpfel 3—5 M., Tafeläpfel, diverse Sorten —, M. per 50 Kilo, Kochbirnen per 50 Liter 8—10 M., Tafelbirnen div 10—20 M., Weintrauben p. 50 Kg. div., brutto mit Korb, 25—40 M., ungar. do. 10—40 M., italienische do. 35 bis 40 M. Nüsse, per 50 Kilogr. Franz. Marbots — M., franz. Cornes — M., rheinische 24—28 M., rumänische — Mark, Haselnüsse, rund, Siziliauer 25—28 Mark, do. lang. Neapolitaner — Mark, Paranüsse 35 M., franz. Krachmandeln 92—95 M.

Bromberg, 8. November. (Bericht der Handelskammer.) **Weizen** feiner 171—175 Mark, geringer nach Qualität 160—170 M., feinster über Notiz. — **Roggen**: nach Qualität 154—159 Mark. — **Kocherbsen** nominell 152—160 Mark. — **Futtererbsen** 140—150 Mark. — **Braugerste** 145—160 Mark. — **Mahl- und Futtergerste** 135—145 Mark. **Hafer** nach Qualität 140—155 Mark. — **Spiritus** 50er Konsum 50,00 Mark, 70er 30,50 Mark.

Marktpreise zu **Breslau** am 8. November.

Festsetzungen der städtischen Markt-Deputation.		gute Höchster M. Pf.	gute Niedrigst. M. Pf.	mittlere Höchster M. Pf.	mittlere Niedrigst. M. Pf.	geringe Waare Höchster M. Pf.	geringe Waare Niedrigst. M. Pf.
Weizen, weißer	pro 100 Kilog.	18 60	18 30	17 90	17 50	16 90	16 40
Weizen, gelber alter		18 40	18 10	17 80	17 40	16 80	16 30
Roggen		17 40	17 20	17 —	16 70	16 50	16 30
Gerste		17 —	16 50	15 70	15 —	14 50	13 —
Hafer		16 —	15 80	15 60	15 40	15 20	14 80
Erbsen		17 —	16 50	16 —	15 50	14 50	14 —

Raps, per 100 Kilogramm, 31,30 — 29,60 — 28,10 Mark.
Winterrübsen 30,50 — 29,10 — 27,50 Mark.
Sommerrübsen —,— — —,— — —,— Mark.
Dotter —, —, — Mark.
Schlaglein 21,50 — 20,30 — 18,— Mark.
Hanfsaat —, —, — Mark.
Kartoffeln (Detailpreise) pro 2 Liter 0,08 — 0,09 — 0,10 Mark.

Zuckerbericht der Magdeburger Börse.

Preise für greifbare Waare.

A. Mit Verbrauchssteuer.

	7. November.	8. November.
ffein Brodraffinade	—	—
fein Brodraffinade	28,00 M.	28,00 M.
Gem. Raffinade II.	27,25—27,75 M.	27,25—28,00 M.
Gem. Melis I.	25,50 M.	25,50 M.
Krystallzucker I.	27,00 M.	27,00 M.
Krystallzucker II.	—	—
Melasse Ia	—	—
Melasse IIa	—	—

Tendenz am 8. November: Fest.

B. Ohne Verbrauchssteuer.

	7. November.	8. November.
Granulirter Zucker	—	—
Kornzucker Rend. 92 Proz.	16,50—16,80 M.	16,50—16,70 M.
dto. Rend. 88 Proz.	15,30—15,75 M.	15,30—15,65 M.
Nachpr. Rend. 75 Proz.	11,00—13,00 M.	11,00—12,85 M.

Tendenz am 8. November: Ruhiger.
Wochenumsatz 293 000 Ctr.

Danzig, 8. November. **Getreide-Börse**. (H. v. Morstein.) Wetter: Morgens trübe, später aufklärend. — Wind: W.

Weizen war auch heute in fester Tendenz und Preise voll behauptet. Bezahlt wurde für inländischen hellbunt 125/6 Pfd. 176 M., weiß 124 Pfd. 176 M., Sommer- 121 Pfd. 171 M., 125/6 Pfd. 175 M., 123 Pfd. 176 M., für polnischen zum Transit gutbunt 127 Pfd. 135 M., hellbunt 128 Pfd. 137 M., hochbunt 121 Pfd. 142 M., für russischen zum Transit roth besetzt 124/5 130 M., 125/6 Pfd. 131 M., streng roth 135 Pfd. 143 M., Ghirka 126 Pfd. 132 M. per Tonne. Termine: November-Dezember zum freien Verkehr 178 M. Gd., transit 133½ M. bez., Dezember-Januar transit 134½ M. Br., 134 M. Gd., April-Mai zum freien Verkehr 187 M. bez., transit 140 M. bez., Juni-Juli transit 143 M. bez. Regulirungspreis zum freien Verkehr 178 M. transit 134 M.

Roggen gefragt und Preise steigend. Bezahlt ist für inländischen 118 Pfd. 118 Pfd. 158 M., 126 Pfd. 162 M., alt 127 Pfd. 155 M. Alles per 120 Pfd. per Tonne. Termine: November inländisch 159 M. Gd., transit 107 M. bez., 107 M. Gd., per November-Dezember inländisch 158 M. Gd., transit 107 M. bez. u. Gd., per April-Mai inländisch 162 M. bez., transit 110 M. bez. Regulirungspreis inländisch 160 M., unterpolnisch 109 M., transit 107 M.

Gerste ist gehandelt russische zum Transit 101 Pfd. 97 M., hell 99 Pfd. 106 M., 104 Pfd. 109 M., 111/12 Pfd. 115 M., Futter- 94 Pfd. 96 M. per Tonne. — **Hafer** und **Erbsen** ohne Handel. — **Mais** russischer zum Transit 93½ M. per Tonne bezahlt. — **Buchweizen** russischer zum Transit 102 M. per Tonne gehandelt. — **Rübsen** russischer zum Transit Sommer- 228 M. per Tonne bezahlt. — **Weizenkleie** zum Seeexport grobe 4,05, 5,15 M., mittel 3,90, 4,02½ M. per 50 Kilo gehandelt. — **Roggenkleie** zum Seeexport 4,35 M. per 50 Kilo bez. — **Spiritus** kontingentirter loko 50½ M. Gd., November-April 50 M. Gd., nicht kontingentirter loko 30½ M. Gd., November-April 30½ M. Gd.

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 9. November. Die Gerüchte von einer Demission des Ministers Krantz sind unbegründet. Die Boulangisten bereiten eine Kundgebung zu Dienstag auf dem Concordienplatz gelegentlich der Eröffnung der Kammern vor. Fünf Delegirte des Wahlkomites von Montmartre werden Eintritt in die Kammer verlangen, um dem Präsidenten einen Protest gegen die Proklamation Joffrins als Deputirten zu überreichen.

Börse zu Posen.

Posen, 9. November. [Amtlicher Börsenbericht.]
Spiritus. Gekündigt —,— L. Kündigungspreis (50er) —,—, (70er) —,—. (Loko ohne Faß) (50er) 50,50, (70er) 30,90.

Börsen-Telegramme.

Berlin, den 9. November. (Telegr. Agentur von Alb. Lichtenstein.)

		Not. v. 8.			Not. v. 8.
Weizen fester			**Spiritus** matter		
pr. Novbr.-Dezbr.	184 50	183 75	unverst. mit Abgabe		
„ April-Mai 1890	194 —	192 75	v. 50 M. loco o. F.	51 50	51 70
Roggen höher			„ Novbr.-Dezbr.	50 30	50 50
„ Novbr.-Dezbr.	169 50	168 75	unverst. mit Abgabe		
„ April-Mai 1890	171 —	170 25	v. 70 M. loco o. F.	32 —	32 10
Rüböl höher			„ Novbr.-Dezbr.	30 90	31 —
pr. April-Mai	64 70	64 10	„ April-Mai 1890	32 —	32 —
Hafer fest			„ November	31 40	31 50
pr. April-Mai 1890	159 75	159 50			

Kündig. in **Roggen** 100 Wspl. — Kündig. in **Spiritus** —,000 Ltr.

Deutsche 3½% Reichsa.	102 70	102 40	Russ. 4½% Bdkr.-Pfdbr.	97 60	97 50
Konsolidirte 4% Anl.	106 30	106 30	Poln. 5% Pfandbr.	62 50	62 50
Pos. 4% Pfandbriefe	100 70	100 70	Poln. Liquid.-Pfdbr.	57 30	57 20
Pos. 3½% Pfandbr.	100 20	100 25	Ungar. 4% Goldrente	86 30	86 50
Pos. Rentenbriefe	104 30	104 25	Oestr. Kred.-Akt.	167 60	168 —
Oestr. Banknoten	171 20	171 55	Oestr.-Fr. Staatsb. ultimo	104 —	103 20
Oestr. Silberrente	73 50	73 60	Lombarden	56 70	56 80
Russ. Banknoten	213 05	213 10	**Fondstimmung** ruhig		
Russ. konf. Anl. 1871	— —	— —			

Ostpr. Südb. E. S. A.	95 10	94 90	Pos. Provinz. B. A.	117 60	118 —
Mainz Ludwighf. dto.	126 30	125 90	Landwirthschft. B. A.	— —	— —
Marienb. Mlawka dto	65 30	65 30	Pos. Spritfabr. B. A.	99 90	— —
Mekl. Franzb. Friedr.	164 —	164 —	Berl Handelsgesellsch	194 80	194 25
Warsch-Wien. E. S. A	190 25	191 25	Deutsche B. Akt.	171 70	172 —
Galizier E. St. Akt.	— —	81 25	Diskonto Kommandit	237 50	237 80
Russ 4% konf. Anl. 1880	92 90	93 —	Königs- u. Laurahütte	170 10	169 10
dto. 6% Goldrente	114 —	113 75	Dortm. St. Pr. La. A.	131 75	131 10
dto. zw. Orient. Anl.	64 90	64 75	Inowrazl. Steinsalz	51 25	52 50
dto. Präm.-Anl. 1866	— —	— —	Schwarzkopf	285 —	283 —
Italienische Rente	93 75	93 70	Bochumer	235 —	233 75
Rum. 6% Anl. 1880	106 60	106 90	Gruson	206 50	208 —

Nachbörse: Staatsbahn 104 — Kredit 167 60 Diskonto-Kom. 238 20
Russische Noten 212 — (ultimo)

Stettin, den 9. November. (Telegr. Agentur von Alb. Lichtenstein.)

		Not. v. 8.			Not. v. 8.
Weizen höher			**Spiritus** ruhig		
Nov.-Dez. a. Usan.	183 50	182 —	**unverst.** mit Abgabe		
Nov.-Dez. neue „	— —	— —	v. 50 M. loco o. F.	50 50	50 60
April-Mai a. Usance	189 —	187 50	**unverst.** mit Abgabe		
April-Mai neue „	— —	— —	v. 70 M. loco o. F.	31 10	31 20
Roggen höher			pr. Novbr.-Dezbr.	30 30	30 30
Nov.-Dez. a. Usan.	164 25	166 —	pr. April-Mai	31 50	31 50
Nov.-Dez. neue „	— —	— —	**Rüböl** behauptet		
April-Mai a. Usance	167 —	166 —	pr. Novbr.-Dezbr.	70 —	70 —
April-Mai neue „	— —	— —	pr. April-Mai	64 —	64 —
			Petroleum fester	12 35	12 25

Petroleum loco versteuert Usance 1¼ %.

Die während des Druckes dieses Blattes eintreffenden Depeschen werden im Morgenblatte wiederholt.

Wetterbericht vom 8. November, Morgens 8 Uhr.

Stationen.	Barom. a. 0 Gr. nach d. Meeresniv. reduz. in mm.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
Mullaghmore	774	SSW 2	bedeckt	10
Aberdeen	771	SW 2	halb bedeckt	8
Christiansund	752	SW 8	Regen	6
Kopenhagen	761	WNW 4	wolkig	8
Stockholm	751	NW 4	bedeckt	3
Haparanda	751	still	bedeckt	0
Petersburg	758	SSW 1	Nebel	4
Moskau	760	SO 1	Schnee	— 1
Cork, Queenst	776	W 1	halb bedeckt	12
Cherbourg	775	W 2	Nebel	12
Helder	762	W 1	wolkig	11
Sylt	767	NW 4	wolkig	9
Hamburg	768	W 4	bedeckt	10
Swinemünde	764	WNW 6	wolkig	10
Neufahrwasser	757	WNW 4	bedeckt	10
Memel	756	S 3	Regen	6
Paris	776	S 1	bedeckt	9
Münster	772	W 3	Regen	8
Karlsruhe	776	SW 3	Nebel	3
Wiesbaden	775	still	Nebel	4
München	776	NW 3	Nebel	4
Chemnitz	771	SW 3	bedeckt	8
Berlin	767	WNW 5	Regen	11
Wien	771	W 5	halb bedeckt	9
Breslau	767	W 6	Regen	9
Ile d'Aix	777	NO 4	wolkenlos	8
Nizza	768	O 4	wolkenlos	12
Triest	771	still	wolkenlos	12

Skala für die Windstärke.

1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = steif, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Uebersicht der Witterung.

Unter der Wechselwirkung eines barometrischen Maximums, über 775 mm, über Südwest-Europa und barometrischer Minima, unter 750 mm, über dem Bottnischen Busen und Mittel-Skandinavien wehen im nördlichen Deutschland stellenweise starke westliche und nordwestliche Winde, bei vorwiegend trüber, regnerischer Witterung und steigender Temperatur. Die Temperatur liegt in Berlin und Neufahrwasser 7 Grad über der normalen.

Deutsche Seewarte.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 8. November Mittags 2,56 Meter.
„ „ 9. „ Morgens 2,56 „
„ „ 9. „ Mittags 2,54 „

* **Wasserstand der Warthe.** Telegramm aus **Pogorzelice** vom 9. November cr.: 2,07 Meter.

Lichtstärke der Gasbeleuchtung in Posen.
Am 8. November Abends: 16,0 Normalkerzen.

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker u. Comp. (A. Röstel) in Posen.